

Sanierungs-offensive: Alte Häuser,

Jahrzehntlang befanden sich die Grazer Gemeindefwohnungen im Dornröschenschlaf und verfielen zusehends. Viele MieterInnen lebten mit Klosetts am Gang, ohne Duschen und warmes Wasser sowie mit Holz/Kohle- oder Ölföfen.

1998 übernahm die KPÖ das Wohnungsressort. Seither wurden 822 von rund 1000 Substandardwohnungen mit

Hilfe der Steiermärkischen Wohnbauförderung saniert und mit zeitgemäßen Nasszellen („Ein Bad für jede Gemein-

dewohnung“) bzw Fernwärme, Parkettböden und teilweise mit Personenaufzügen und Lärmschutzfenstern ausgestattet.

Kein Budget – dennoch viele neue Wohnungen

Nach der Wahl 2003 wurde der KPÖ auch die Verantwor-

tung für den kommunalen Wohnbau übertragen. Freilich ohne einen einzigen Cent (!) Budget für den Erwerb passender Grundstücke. Dennoch konnte das städtische Wohnungsamt unter Ernest Kaltenegger und Elke Kahr in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Genossenschaften 437 neue



Raiffeisenstraße 186: 23 Wohnungen. Im Bau, Fertigstellung im Frühjahr 2008, Solarwärme!



Wohnanlage Straßgang: 297 Wohnungen zwischen Scherer- und Burenstraße, erbaut 2004.



Triesterstraße 44-58: Erbaut ab 1928, 64 Wohnungen. Umfassend saniert 2003.



Kalvariengürtel 3, 5, 7: Erbaut 1930, 39 Wohnungen, saniert 2004.

Ohne starke KPÖ keine Gemeindefwohnungen.
Gut für Graz. KPÖ

KORREKTE VERGABE

Seit 1998 hat es in Graz keine einzige strittige Vergabe von Gemeindefwohnungen gegeben. Das Wohnungsamt hat sich nämlich korrekt an die vom Gemeinderat beschlossenen Vergaberichtlinien gehalten, die der entsprechenden EU-Richtlinie folgen muss. Sie machen außerdem die frühere „Partei-buchwirtschaft“ unmöglich. Alle Parteien werden vor der Vergabe von Wohnungen informiert; es hat in keinem einzigen Fall einen Einspruch gegeben. Auch nicht von Parteien, die im Wahlkampf behaupten, AusländerInnen würden bevorzugt. Die Richtlinien für die Vergabe von Gemeindefwohnungen, die von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und der KPÖ beschlossen wurden und sogar schon von anderen Städten nachgefragt wurden, sind objektiv und sozial ausgewogen. Sie machen eine Bevorzugung oder Benachteiligung von Wohnungssuchenden unmöglich.

HABEN SIE GEWUSST, DASS

jene EU-Richtlinie, die unter anderem auch die Vergabe von Gemeindefwohnungen regelt, von FPÖ-Minister Böhmdorfer mitbeschlossen wurde? Die entsprechende Verordnung wurde unter einer ÖVP/BZÖ-Regierung beschlossen. Schließlich bekleidete man bestbezahlte Regierungsposten und wollte diese nicht verlieren. FPÖ und BZÖ zeichnen also verantwortlich für jeden einzelnen MigrantIn, die sich um eine Gemeindefwohnung bewerben. Vor der Wahl will man natürlich nichts mehr davon wissen und hofft auf die Vergesslichkeit der GrazerInnen und Grazer. Ja, noch schlimmer, man spielt mit den Ängsten der MieterInnen, indem man auf übelste Art und Weise gegen Menschen hetzt und „Lösungen“ plakatiert, von denen man genau weiß, dass sie nach der Wahl nicht eingehalten werden können.



Schönaugasse 132: 41 Wohnungen, errichtet 2007.



Hackergasse 32: Wohnanlage erbaut 1899, 19 Wohnungen, umfassend saniert 2004.



Schmiedgasse 17/19, denkmalgeschützt: 15 Wohnungen, erbaut 1877, saniert 2007.



Bahnhofgürtel 21: 12 Wohnungen, erbaut 1950, umfassend saniert 2004.